

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 9 15 20-0
Telex: 8 66 846 ppbn d
Telefax: 9 15 20-12

Inhalt

Ingrid Matthäus-Maier MdB zur schleppenden Vorbereitung des "Solidarpaktes" durch die Bundesregierung: Solidarpakt droht im Bermuda-Dreieck der Koalition zu verschwinden.

Seite 1

Horst Sielaff MdB zu einem Urteil des Berliner Verwaltungsgerichtes: Was ist ein Vertriebener?

Seite 2

Lothar Fischer MdB zum Stand der Weltraumforschung: Raumfahrt findet kaum noch Akzeptanz.

Seite 3

Wieland Sorge MdB zu Kürzungen der Sportförderung: In Worten für - in Taten gegen den Sport.

Seite 4

47. Jahrgang / 217

10. November 1992

Solidarpakt droht im Bermuda-Dreieck der Koalition zu verschwinden

Von Ingrid Matthäus-Maier MdB
Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Seit Wochen kommt die Bundesregierung mit dem "Solidarpakt" nicht voran. Der notwendige Solidarpakt droht im Bermuda-Dreieck der Koalition zu verschwinden. Durch ihre wirtschaftspolitischen Fehler und ihre politische Handlungsunfähigkeit hat die Bundesregierung einen Milliarden-Investitionsstau in Ostdeutschland bewirkt, der viele Menschen unnötig arbeitslos gemacht hat. Dieser Investitionsstau muß unverzüglich beseitigt werden. Dazu gehört eine Korrektur der investitionsfeindlichen Eigentumsregelung, ein gesetzlicher Sanierungsauftrag für die Treuhandanstalt, die Konzentration der Investitionsförderung auf eine verbesserte Investitionszulage von mindestens 20 Prozent und die Übernahme der Altschulden des Wohnungsbaus, der Betriebe und der Landwirtschaft aus der DDR-Zeit auf den Bund.

Hinzu kommen muß ein Zukunftsinvestitionsprogramm für die neuen Länder zum Aufbau der wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und kulturellen Infrastruktur sowie für den Städte- und Wohnungsbau. Dieses Zukunftsinvestitionsprogramm muß über zehn Jahre laufen und ein Volumen von jährlich zehn Milliarden DM haben. Ein Teil dieser Mittel muß in Form einer kommunalen Investitionszuschüsse an die Städte und Gemeinden in Ostdeutschland gegeben werden.

Da - wie das Beispiel Mercedes zeigt - offensichtlich selbst großzügige Investitionsförderungen nicht ausreichen, um in Ostdeutschland die notwendigen Arbeitsplätze zu schaffen, muß eine "Aktion Arbeitsplätze Ost" als weitere Maßnahme hinzukommen: Der Staat muß den Arbeitgebern die Pflicht zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Ostdeutschland auferlegen. Die technische Umsetzung dieser Verpflichtung könnte zum Beispiel in Anlehnung an die bewährte Regelung bei den Schwerbehinderten erfolgen. Das bedeutet: Die Unternehmen müssen einen bestimmten Prozentsatz ihrer Arbeitskräfte in Ostdeutschland beschäftigen. Je größer der Betrieb, umso höher die Zahl der Pflichtarbeitsplätze im Osten. Für mittelständische Unternehmen ist dabei auch eine Beteiligung an Gemeinschaftsunternehmen in Ostdeutschland möglich. Betriebe, die nicht die vorgeschriebene Anzahl von Arbeitsplätzen in Ostdeutschland schaffen,

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Verzinsfreie Übergabe
in wertvollen Paketen
Recycling-Papier



müssen dafür eine Ausgleichsabgabe zahlen, die zum Beispiel 500 DM pro Monat betragen könnte. Dieses Geld darf aber nicht zum Schließen der Haushaltslöcher verwendet werden, sondern muß gezielt für die Schaffung von Arbeitsplätzen im Osten eingesetzt werden. Appelle allein helfen nicht weiter. Wenn der Osten nicht auf die Beine kommt, geht auch der Westen in die Knie.

(-/10. November 1992/rs/ks)

Was ist ein Vertriebener
Zu einem Urteil des Berliner Verwaltungsgerichtes

Von Horst Sielaff MdB

Das Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz geht davon aus, daß Deutsche in Ost- und Südosteuropa allein aufgrund der Tatsache, daß sie Deutsche sind, Verfolgungen ausgesetzt sind.

Die Bundesregierung hat am 10. Juli 1992 auf eine entsprechende Frage des Abgeordneten Sauer geantwortet: "Vertreibung heißt, daß Menschen gegen ihren Willen gezwungen werden, ihre Heimat zu verlassen."

Heute ist unstrittig, daß Deutsche in Ost- und Südosteuropa politischen Verfolgungen nicht ausgesetzt sind und die Verantwortlichen in den Ländern Ost- und Südosteuropas Deutsche nicht vertreiben, sondern sie halten wollen. Die Bundesrepublik Deutschland stellt enorme Finanzmittel zur Verfügung, damit Deutsche auch als Deutsche in ihren Herkunftsländern leben und ihre Sprache und Kultur pflegen können.

Deshalb erscheint es mir unverantwortlich, daß laut einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin, aus Polen stammende deutsche Volkszugehörige grundsätzlich einen Anspruch auf Ausstellung eines Vertriebenenausweises haben. Die Berliner Richter können sich dabei auf das gültige Bundesvertriebenengesetz berufen, das davon ausgeht, daß es einem Deutschen nicht zugemutet werden kann, in Gebieten zu leben, die von der früher ansässigen deutschen Bevölkerung weitgehend verlassen sind.

Recht gesprochen hat meiner Meinung nach im wahren Sinne des Wortes das OVG Münster, das den Fortbestand des Vertreibungsdrucks für klärungsbedürftig hält.

Wir brauchen klare Kriterien, auch im Interesse der Deutschen in Ost- und Südosteuropa, denn der derzeitige Zustand fördert die Unsicherheit und öffnet auch bürokratischer Willkür in den Behörden Tür und Tor.

Der Deutsche Bundestag sollte nun möglichst bald ein Abschlußgesetz in Verbindung mit einem Einwanderungsgesetz beraten und das Ende der Nachkriegszeit auch in der Gesetzgebung dokumentieren. Es geht nicht darum, von heute auf morgen das Tor für Deutschstämmige zu schließen, sondern die Zuwanderung geordnet zu steuern und nicht mehr zu rechtfertigende Privilegien für Nachkommen von deutschen Auswanderern aus vorigen Jahrhunderten abzubauen.

Die SPD hat einen entsprechenden Gesetzentwurf vorgelegt. Dieser besagt unter anderem, daß sich aussiedlungswillige Menschen bis zum 31. Dezember 1994 melden müssen, um das Recht auf Ausreise nicht zu verlieren.

Damit wäre endlich geklärt, wieviele Deutsche aus Ost- und Südosteuropa - wahrscheinlich Millionen - nach Deutschland aussiedeln wollen. Die Gerichte hätten eine klare Handhabe zur Entscheidung entsprechender Fälle und der Eindruck könnte vermieden werden, daß in der Tat heute noch Deutsche aus Polen vertrieben werden.

(-/10.11.1992/vo-he/ks)

Raumfahrt findet kaum noch Akzeptanz
Bundeforschungsminister benötigt eine Reorganisationsphase

Von Lothar Fischer MdB

Seit langem hat die SPD-Fraktion die Bundesregierung aufgefordert vom ESA-Langzeitplan abzurücken. Der Plan war für Europa nicht finanzierbar. Die Änderung der zentralen Rahmenbedingungen - Beendigung des Ost-West-Konflikts - haben dem Langzeitplan jeden Sinn genommen. Noch im letzten Jahr hat diese Regierung die zentralen Elemente des ESA-Plans vehement verteidigt. Es wurden die gewagtesten Forderungen aufgestellt, um den Plan noch zu retten. Zu erinnern ist nur an den Vorschlag von Staatssekretär Erich Riedl, notfalls müsse man ABM-Mittel einsetzen, um die Finanzierung zu sichern.

Nunmehr hört man von der Regierung etwas ganz anderes: Der Raumgleiter HERMES ist nicht erforderlich. Das freifliegende Labor ist überflüssig...

Das Abrücken von der ESA-Gigantomanie ist an und für sich begrüßenswert. Mit ihren neuen Vorschlägen hat sich die Bundesregierung auf die Positionen der SPD zubewegt. Angesichts immer knapper werdender Haushaltsmittel und immer besser werdender globaler Kooperationschancen, war dies unumgänglich, wenn auch der Meinungswandel viel zu spät eingetreten ist.

Das nunmehrige Verhandlungsergebnis vermag die SPD dennoch nicht zu überzeugen:

1. HERMES

Seit langem sprach sich die SPD gegen den Bau des Kostengleiters HERMES aus. Über den Bau von HERMES soll nunmehr erst 1995 entschieden werden. Die Bundesregierung betrachtet ihn nunmehr selbst als technologisch veraltet. Ein weiteres Technologieprogramm soll vorgeschaltet werden. Dies entspricht in etwa unserer ursprünglichen Forderung. Jedoch, wie sieht dieses Technologieprogramm aus? Hierzu gibt es von der Regierung nur vage Angaben: Definition eines von der ESA und Rußland gemeinsam durchzuführenden Programms für ein bemanntes Transportsystem, sowie Studien für ein Rettungsfahrzeug, für eine Transport-Oberstufe, für Koppelungssysteme, für einen Greifarm und für einen Raumanzug. Wozu benötigen wir eigentlich einen europäischen Raumanzug? Könnte man diesen woanders nicht billiger erwerben oder spukt im Forschungsministerium noch immer der Ungeist einer wie auch immer gearteten europäischen Autonomie herum? Wozu benötigen wir die Entwicklung eines Rettungsfahrzeugs, wenn die USA und die GUS bereits über eine Modifizierung einer SOYUS-Kapsel verhandeln?

2. Das APM und das MTF

Das APM, ein Modul für die internationale Raumstation FREEDOM, soll nach den deutschen Vorstellungen gebaut werden. Jedoch, wie wird es ausgestaltet, und wie vor allem wird die Station FREEDOM dimensioniert sein. Hierüber sollte die Bundesregierung endlich einmal Auskunft geben oder weiß sie dies etwa nicht. In diesem Fall sollte sie endlich einmal bei der NASA nachfragen. Schließlich, wie soll dieses Modul finanziert werden, falls Frankreich sich nicht mehr an ihm beteiligt. Hierfür gibt es doch gravierende Hinweise. Welche Alternativen hat der Forschungsminister dann zu bieten?

Nach der ESA-Ministerratstagung in München hörte man aus dem Haus des Bundesforschungsministers, das freifliegende Labor MTF ist überflüssig. APM und FREEDOM reichen allein bereits aus, um die erforderlichen Experimente durchzuführen. Richtig! Dann ist es aber auch sinnvoll der GUS anzubieten, daß diese ihr Know-how beim APM beziehungsweise beim FREEDOM miteinbringen kann. Internationale Kooperationen sind doch kein Wert an sich, sondern sie müssen doch für alle Beteiligten einen Nutzen bringen.

3. Der Bundesforschungsminister benötigt eine Reorientierungsphase!

Diese paar Fragen zeigen bereits, das nunmehrige Verhandlungsergebnis ist immer noch nicht zustimmungsfähig. Es ist in sich nicht stimmig. Es trägt den finanziellen Nöten unseres Haus-

halts keine Rechnung. Zwar mag es mit der mittelfristigen Finanzplanung vereinbar sein, wobei man hierbei bereits Zweifel anmelden kann. Sind doch so wichtige Vorhaben, wie der Kommunikationssatellit ASTP 4 oder der Wettersatellit METOP sowie die METEOSAT-Satelliten der 2. Generation immer noch nicht finanziell abgesichert. Diese Vorhaben dürften zweifellos einen höheren Stellenwert haben als irgendein modischer Raumanzug im Euro-Design. Aber nicht nur hierbei stellen sich Zweifel an der Sinnhaftigkeit der Politik des Forschungsministeriums ein. Seit langem beschwert sich die Wissenschaft darüber, daß sie nur sehr unzulänglich die durch europäische Erdbeobachtungssatelliten gewonnenen Daten auswerten kann. Der nunmehrige Stufenplan sieht als ein Schwergewicht die Umweltbeobachtung vor. Nur was nutzt es uns, wenn wir vortreffliche Satelliten, wie beispielsweise Satelliten, wie beispielsweise ERS-1 im Orbit plazieren und sie, mangels einer entsprechenden Bodeninfrastruktur, nicht entsprechend nutzen können. Dies alles ist nicht nur ein Indiz für eine fehlende Planung, sondern was viel schlimmer ist, diese Inkompetenz der Regierung kann dazu führen, daß die Akzeptanz für die Raumfahrt noch weiter sinkt.

(-/10. November 1992/ks/ks)

In Worten für - in Taten gegen den Sport

Von Wiefand Sorge MdB

Bundesfinanzminister Waigel hat mit der Bekanntgabe seiner Streichungspläne von 57 Milliarden DM im Bereich des Sports ein Eigentor geschossen. Bisher galt er als einer der Fürsprecher des Sports in seiner gesellschaftlichen Aufgabe. Die Kanzlerempfehlungen und Erklärungen der Regierung zum Sport ließen eher eine noch positivere Entwicklung in diesem Bereich erwarten. Umso größer war der Schock, als der Finanzminister seinen Beschluß, im Bereich der Sportförderung 57 Milliarden DM einzusparen, bekannt gab. Dies trifft den Sport im Osten Deutschlands besonders hart, weil hier der Entwicklungsprozeß noch voll im Gange ist. Viele gute Ansätze (Personal, Training und Wettkämpfe beziehungsweise Sportstättenanierung) werden somit zunichte gemacht, noch ehe sie wirklich greifen. Aber auch im Westen wird es deutliche Abstriche geben müssen, wenn der Beschluß Realität wird.

Dem sportfremden Verhalten einiger CDU/CSU- und FDP-Politiker wurde noch eins drauf gesetzt, als der Antrag der SPD "Sofortprogramm zur Förderung des Sports in den neuen Ländern (Goldener Plan)" (DS 12/2815) im Haushaltsausschuß von den Koalitionsparteien abgelehnt wurde - obwohl auch der DSB für die Verwirklichung nachdrücklich eintrat.

Allerdings wurde von den Koalitionspolitikern im Sportausschuß doch die Notwendigkeit einer Anschubfinanzierung gesehen, so daß vor kurzem ein Kompromißpapier zwischen SPD und Koalitionsparteien verhandelt wurde, das in einer der nächsten Ausschußsitzungen zur Diskussion gestellt werden sollte - dieser Kompromiß wird jedoch nach dem jetzigen Waigel-Papier und der Haushaltsabstimmung hinfällig!

Sollte es bei diesen Beschlüssen bleiben, hat nicht nur der Sport, sondern auch der Einigungsprozeß eine Ohrfeige erhalten. Aber auch diese erneute Niederlage darf uns im Osten nicht zur Aufgabe unserer Ziele veranlassen. Jetzt muß uns allen bewußt werden: Wenn wir unsere Sportziele verwirklichen wollen, müssen wir es in erster Linie selbst tun - so schmerzlich dies ist! Aber ich bin sicher, wir schaffen es - wenn es auch sehr viel länger dauert. Wir müssen uns eben damit abfinden, daß in Deutschland-Ost und Deutschland-West noch für eine beträchtliche Zeitspanne unterschiedliche Bedingungen in vielen gesellschaftlichen Bereichen bestehen werden. Aber wir sind es ja gewöhnt, Schwierigkeiten zu meistern!!

(-/10.11.1992/vo-he/ks)
